

»Rette sich, wer kann!« Die wirtschaftlichen Reformanläufe der polnischen Kommunisten in den 1980er-Jahren

Die globale Geschichte der staatssozialistischen Wirtschaftsreformen beginnt zweifellos nicht im Polen der 1980er-Jahre. Auch können die Reformanläufe der polnischen Kommunisten kaum als die wagemutigsten oder gar ökonomisch erfolgreichsten Versuche gelten, die inhärenten Widersprüche der sozialistischen Planwirtschaft in den Griff zu bekommen. Dennoch stechen sie in einer Hinsicht hervor, und dies nicht nur im osteuropäischen, sondern auch im globalen Kontext: Nirgendwo sonst waren ökonomische Reformen so eng mit gesellschaftlichem Aufbegehren und politischem Ringen um Legitimität verknüpft wie in Polen. Angesichts der tiefen Krise der polnischen Volkswirtschaft, die 1980 die Entstehung einer präzedenzlosen demokratischen Massenbewegung unter dem Schirm der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność zur Folge hatte, wurde schon früh offensichtlich, dass bei den Bemühungen um wirtschaftliche Reformen nichts weniger als die Überlebensfähigkeit des staatssozialistischen Systems auf dem Spiel stand.

Den Ernst der Lage brachte wohl niemand besser zum Ausdruck als Staats- und Parteichef Wojciech Jaruzelski, der im September 1987 bei SED-Chef Erich Honecker um Verständnis für die aus ideologischer Sicht einigermaßen unkonventionellen polnischen Reformansätze warb. Während Honecker in dem vertraulichen Gespräch auf Jagdschloss Hubertusstock stolz von einem Treffen mit den »Bosse[n] der bundesdeutschen Industrie« im Rahmen seines wenige Tage zurückliegenden Staatsbesuchs in der Bundesrepublik berichtete und damit prahlte, »daß wir in der Leitung der Wirtschaft den großen [westlichen] Konzernen und Betrieben nicht nachstehen«, machte Jaruzelski keinen Hehl aus der widrigen wirtschaftlichen und politischen Situation in Polen: Die »Spezifik der Lage«, so der General, erfordere dort ein Handeln nach dem Motto »Rette sich, wer kann«.¹

Um sich der nötigen gesellschaftlichen Unterstützung für ihre geplante Austeritätspolitik zu versichern, stellten Jaruzelski und seine Genossen ihr wirtschaftspolitisches Reformprogramm schließlich sogar in einem fairen und demokratischen Referendum zur Abstimmung – ein Schritt, der im staatssozialistischen Machtbereich bis dahin

1 Stenografische Niederschrift des Gesprächs zwischen dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, und dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Polen, Wojciech Jaruzelski, am 16. September 1987 im Jagdschloß Hubertusstock, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch), DY 30/2479, Bl. 195–257, hier Bl. 237 f., 215 f.

undenkbar war. Dass sie es dann auch noch schulterzuckend hinnehmen mussten, die im November 1987 durchgeführte Volksabstimmung wegen zu niedriger Wahlbeteiligung zu verlieren, war innerhalb des Ostblocks erst recht beispiellos.

Da die Reform der desolaten Planwirtschaft in Polen seit Beginn der 1980er-Jahre nicht mehr nur in technokratischen Fachdiskursen, sondern vor einer breiten Öffentlichkeit verhandelt wurde, musste sie ausgesprochen hohen und in sich widersprüchlichen Erwartungen gerecht werden: Zum einen hatte sie drängende Probleme der Befriedigung alltäglicher materieller Bedürfnisse der Bevölkerung zu lösen, zum anderen sollte sie tragfähige Grundlagen für eine mittel- und langfristige volkswirtschaftliche Gesundung schaffen. Schließlich hatte sie aber auch eine neue Antwort auf Grundsatzfragen der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung zu formulieren, die kollektivistische Ansprüche an soziale Gerechtigkeit mit lauter werdenden Forderungen nach individueller Freiheit in Balance brachte. Entsprechend schwer taten sich die kommunistischen Regierungen, auf diese Herausforderungen mit einer konsistenten wirtschaftspolitischen Strategie zu reagieren, zumal die drückende Auslandsverschuldung ihre Spielräume zusätzlich einschränkte.

Ihre Wirtschaftspolitik schwankte folglich zwischen appellativ-repressiven Kampagnen aus dem Repertoire des Hochstalinismus, die etwa auf die Erhöhung der Kohlenexporte und damit auf eine weitere Verschärfung des ressourcenextraktiven Wirtschaftsmodells zielten, zögerlichen Schritten zur Stärkung der Eigeninitiative der Staatsbetriebe und schließlich einer zunehmenden Öffnung für westliches Kapital und privates Unternehmertum. Das zunächst noch hegemoniale Paradigma des Marktsozialismus trat dabei im Verlauf des Jahrzehnts immer mehr zugunsten marktliberaler Reformansätze in den Hintergrund. Moskauer Analysten vom Institut für die Ökonomie des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wollten in Polen gegen Ende der 1980er-Jahre gar einen »sozialistischen Thatcherismus« erkennen.² Als Gretchenfrage der polnischen Reformdebatte kristallisierte sich immer deutlicher heraus, ob die angepeilte ökonomische Liberalisierung als Auftakt eines politischen und gesellschaftlichen Demokratisierungsprozesses gedacht war – oder ob die wirtschaftliche Freiheit ein Substitut für politische Freiheit bleiben sollte.

Dass den polnischen Kommunisten die Kraft und letzten Endes wohl auch der politische Wille fehlte, wirtschaftliche Liberalisierung ohne demokratischen Wandel durchzusetzen, zeigte sich am 4. Juni 1989, als sie in den am Runden Tisch mit den Vertretern der Opposition vereinbarten, teilweise freien Parlamentswahlen eine für beide Seiten überraschende vernichtende Niederlage erlitten. Während das chinesische Regime am selben Tag mit der blutigen Niederschlagung der Protestbewegung auf dem Tian'anmen-Platz seine Entschlossenheit demonstrierte, Demokratisierungsbestrebungen nötigenfalls

2 Opracowanie dotyczące sytuacji wewnętrznej w europejskich państwach socjalistycznych przygotowane w Instytucie Gospodarki Systemu Socjalistycznego Akademii Nauk ZSRR w lutym 1989 r. [Analyse zur inneren Situation in den europäischen sozialistischen Staaten, erarbeitet im Institut für die Ökonomie des sozialistischen Weltsystems der Akademie der Wissenschaften der UdSSR im Februar 1989], in: Antoni Dudek/Andrzej Friszke (Hg.): Polska 1986–1989: koniec systemu [Polen 1986–1989: Das Ende des Systems], Bd. 3: Dokumenty, Warszawa 2002, S. 233–252, hier S. 236.

auch mit Gewalt Einhalt zu gebieten, waren es in Polen nicht die Kommunisten, sondern ihre politischen Gegner aus dem Oppositionslager, die den entscheidenden Schritt in die kapitalistische Wirtschaftsordnung einleiteten. Die ökonomische Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft ist hier folglich in erster Linie mit dem Namen Leszek Balcerowicz, des Finanzministers der ersten nichtkommunistischen Regierung, verbunden.

Nichtsdestoweniger stellt sich die Frage, inwiefern der radikalen Schocktherapie des Balcerowicz-Plans durch die Reformdebatten der 1980er-Jahre und die Reformanläufe der letzten kommunistischen Regierungen bereits der Boden bereitet worden war. Macht es aus historischer Sicht tatsächlich Sinn, die letzte Phase der staatssozialistischen Wirtschaftsreformen in Polen als sozialistische Spielart des Thatcherismus zu betrachten? Und wie kam es überhaupt, dass den polnischen Eliten marktradikale Rezepte als attraktive Auswege aus der wirtschaftlichen und politischen Krise erschienen, lange bevor Jeffrey Sachs und andere westliche Berater im Sommer 1989 den Weg nach Warschau fanden?

I. Reformdebatten im Zeichen von *Solidarność* und Selbstverwaltung

Nur wenige Jahre bevor sie begannen, ihr Heil in »privater Initiative« und »*menedżeryzm*« zu suchen, hatten sich die allermeisten Polinnen und Polen noch von ganz anderen wirtschaftspolitischen Überzeugungen leiten lassen. Das Scheitern des von Edward Gierek verkörperten Konsumsozialismus, der nach einem kreditfinanzierten Aufschwung während der 1970er-Jahre in einer harten wirtschaftlichen Bruchlandung endete, löste eine Welle von Unzufriedenheit und Empörung aus, die maßgeblich auf die wahrgenommene Verletzung egalitaristischer Einstellungen zurückging und sich insbesondere an den materiellen Privilegien von Parteifunktionären in Wirtschaft und Verwaltung entzündete. Während normale polnische Bürgerinnen und Bürger Schlange stehen mussten, um ihre tägliche Versorgung zu sichern, erschienen die Datschen und Wochenendhäuser der Funktionärselite, ihre Autos und ihr Zugang zu qualitativ hochwertigen Konsumgütern als offener Bruch des von Gierek propagierten konsumsozialistischen Gesellschaftsvertrags, demzufolge die gemeinsamen Anstrengungen zur wirtschaftlichen Modernisierung allen gleichermaßen zugutekommen sollten.

Die *Solidarność*-Bewegung, die 1980 aus den August-Streiks auf der Danziger Leninwerft hervorging und sich in erster Linie auf die Arbeiterschaft in der staatssozialistischen Großindustrie stützte, artikulierte diese Empörung, indem sie die Symptome der unter Gierek entstandenen Zweiklassengesellschaft anprangerte und die Kommunisten lautstark an ihre eigenen Versprechen von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit erinnerte. Zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme setzte die oppositionelle Gewerkschaft nicht etwa auf Konkurrenz und Marktkräfte, sondern auf Kollektivismus und Verteilungsgerechtigkeit. Zu ihren wichtigsten Forderungen gehörten die Einführung von Lebensmittelkarten für Fleisch und weitere Grundnahrungsmittel, erweiterte Kontrollbefugnisse für die Belegschaften in den Betrieben sowie eine »Vergesellschaftung« aller

Lebensbereiche. Auch die staatseigenen »Pewex«-Läden, in denen anderweitig schwer oder gar nicht verfügbare Waren gegen westliche Devisen zu haben waren (vergleichbar mit den »Intershops« der DDR), waren den rebellierenden Arbeitern ein Dorn im Auge.³

Weniger klare Vorstellungen hatte die Solidarność-Bewegung allerdings davon, wie die Wirtschaftskrise mittel- bis langfristig zu überwinden sei. Symptomatisch war, dass ihr im Herbst 1981 verabschiedetes Programm anstelle eines einzigen, mehr oder weniger kohärenten wirtschaftspolitischen Konzepts gleich drei verschiedene Anhänge mit divergierenden Reformszenarien enthielt. Auch im Kreise der Wirtschaftsberater der Gewerkschaft gingen die Meinungen auseinander.⁴ Die stark ausgeprägten staatskritischen Einstellungen innerhalb des Oppositionslagers schlugen sich jedoch nicht in Unterstützung für Privateigentum, freie Märkte oder gar Kapitalismus nieder. Für die allermeisten Solidarność-Anhänger war die Privatisierung der großen staatlichen Industriebetriebe noch völlig undenkbar, und selbst einer der profiliertesten Liberalen unter den oppositionellen Wirtschaftsexperten, der Lubliner Ökonomiprofessor Stefan Kurowski, versicherte im November 1981: »Die Fabriken, die jetzt der Regierung, dem Staat gehören, sollen selbstverwaltet und vergesellschaftet sein. Niemand hat die Absicht, sie in kapitalistische Unternehmen umzuwandeln.«⁵

Die Reaktion der Partei auf diese Herausforderungen fiel entschieden aus – zumindest soweit es darum ging, Schuldige für die Misere zu benennen: Die Verantwortung für den Fehlschlag der überwiegend durch Westkredite finanzierten ökonomischen Modernisierung wurde flugs Edward Gierek und seinen engsten politischen Weggefährten in die Schuhe geschoben. Diese wurden umgehend ihrer Ämter enthoben und teils auch strafrechtlich zur Verantwortung gezogen.⁶ Damit war freilich weder die Auslandsverschuldung in Höhe von rund 24 Mrd. US-Dollar (Ende 1980) um einen einzigen Dollar reduziert noch die katastrophale Versorgungslage mit Lebensmitteln und Konsumgütern verbessert. Angesichts des ungebremsten Einbruchs der Wirtschaftsleistung blieb der polnischen Regierung im Frühjahr 1981 nichts anderes übrig, als gegenüber den westlichen Gläubigern ihre Zahlungsunfähigkeit einzugestehen. Ein Staatsbankrott

3 Siehe die 21 Forderungen des Überbetrieblichen Streikkomitees (Międzyzakładowy Komitet Strajkowy) in Danzig vom 16./17. August 1980, in: Jacek Luszniewicz/Andrzej Zawistowski (Hg.): *Sprawy gospodarcze w dokumentach pierwszej Solidarności* [Wirtschaftsfragen in den Dokumenten der ersten Solidarność], Bd. 1: 16. August 1980–30. Juni 1981, Warszawa 2008, S. 67–70. Siehe auch Andrzej Zawistowski: *Bilety do sklepu. Handel reglamentowany w PRL* [Eintrittskarten in den Laden. Reglementierter Handel in der Volksrepublik Polen], Warszawa 2017, S. 189–201.

4 Siehe Jacek Luszniewicz: *Koncepcje ekonomiczne »Solidarności« 1980–1981. Reforma czy transformacja socjalistycznego systemu gospodarczego?* [Ökonomische Konzeptionen der Solidarność 1980–1981. Reform oder Transformation des sozialistischen Wirtschaftssystems?], in: Andrzej Friszke/Krzysztof Persak/Paweł Sowiński (Hg.): *Solidarność od wewnątrz. 1980–1981* [Solidarność von innen. 1980–1981], Warszawa 2013, S. 290–318.

5 Stefan Kurowski: *»Solidarność« wobec aktualnej sytuacji gospodarczej* [Die Solidarność angesichts der aktuellen Wirtschaftslage] [Vortrag gehalten im November 1981], in: ders.: *Od sierpnia do grudnia* [Vom August zum Dezember], Warszawa 1985, S. 107–117, hier S. 113.

6 Siehe dazu jetzt Jakub Szumski: *Rozliczenia z ekipą Gierka 1980–1984* [Abrechnungen mit der Gierek-Equipe 1980–1984], Warszawa 2018.

konnte nur dank temporärer Umschuldungsvereinbarungen und sowjetischer Hilfe abgewendet werden.⁷ Anfang 1981 gab die Parteispitze auch ihren Widerwillen gegen die Einführung eines umfassenden Rationierungssystems für Fleisch und andere Mangelwaren auf. Die Lebensmittelkarten, deren Einführung von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als Gewähr für mehr Gerechtigkeit begrüßt wurde, sollten den Alltag der Polinnen und Polen bis zum endgültigen Niedergang des Staatssozialismus begleiten.⁸

Im Herbst 1980 betraute das Politbüro eine Kommission mit 500 Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik mit der Aufgabe, eine Konzeption für eine umfassende Wirtschaftsreform zu erarbeiten. Die aufgeblähte Struktur dieser Kommission sollte offenbar eine breite Einbeziehung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Standpunkte suggerieren, zugleich aber die politische Steuerbarkeit ihrer Arbeitsergebnisse sichern. Während es noch einige Monate dauerte, bis die Regierungskommission erste konkrete Reformvorschläge präsentieren konnte, war die Debatte in der interessierten Öffentlichkeit längst in vollem Gang: Engagierte Wirtschaftswissenschaftler stellten eine ganze Reihe alternativer Reformkonzepte zur Diskussion, darunter auch eine Gruppe junger, theorieorientierter Ökonomen unter Leitung von Leszek Balcerowicz, der damals noch der Kommunistischen Partei angehörte, aber informell mit *Solidarność*-Aktivisten bei der Vorbereitung von Reformvorschlägen zusammenarbeitete.⁹

Ebenso wie es Johanna Bockman für Ungarn und Jugoslawien herausgearbeitet hat, waren sich die allermeisten Teilnehmer dieser Debatte auch in Polen darüber einig, dass nicht die Einführung des Kapitalismus (oder gar dessen neoliberaler Variante) am Ende des Reformprozesses stehen sollte, sondern eine Form von Marktsozialismus.¹⁰ Die polnischen Verfechter dieses Modells, das die makroökonomische Rationalität der zentralen Planung mit der mikroökonomischen Rationalität des freien Marktes zu verbinden suchte, konnten nicht zuletzt an die intellektuelle Autorität des sozialistischen polnischen Ökonomen Oskar Lange anknüpfen, der bereits in den 1930er-Jahren in Auseinandersetzung mit Friedrich August von Hayek das klassische theoretische Modell des Marktsozialismus entwickelt hatte.¹¹ Aber auch die polnischen Erfahrungen mit der Arbeiterselbstverwaltung während der stürmischen Entstalinisierung in den Jahren 1956 bis

7 Siehe Dariusz T. Grala: *Reformy gospodarcze w PRL (1982–1989). Próba uratowania socjalizmu* [Wirtschaftsreformen in der Volksrepublik Polen (1982–1989). Der Versuch, den Sozialismus zu retten], Warszawa 2005, S. 80–85.

8 Siehe Zawistowski: *Bilety do sklepu* (Anm. 3), S. 202–263, 374–401; Jacek Kurczewski (Hg.): *Umowa o kartki* [Die Übereinkunft über die Karten], Warszawa 2004.

9 Siehe Grala: *Reformy gospodarcze* (Anm. 7), S. 95–97, 331–366; Rafał Krawczyk (Hg.): *Reforma gospodarcza* [Wirtschaftsreform], Warszawa 1981.

10 Siehe Johanna Bockman: *Markets in the name of Socialism. The left-wing origins of Neoliberalism*, Stanford 2011, S. 157–170; Piotr Koryś/Maciej Tyimiński: *Od socjalizmu do socjalizmu. Koncepcje reform gospodarczych w PRL po wybuchach społecznych w 1956 i 1980 r.* [Vom Sozialismus zum Sozialismus. Wirtschaftliche Reformkonzeptionen in der Volksrepublik Polen nach den sozialen Unruhen 1956 und 1980], in: *Dzieje Najnowsze* 48 (2016), H. 4, S. 125–140.

11 Siehe Oskar Langes klassischen Aufsatz: *On the Economic Theory of Socialism*, in: *Review of Economic Studies* 4 (1936/37), H. 1, S. 53–71 und H. 2, S. 123–142. Siehe auch Bockman: *Markets in the name of Socialism* (Anm. 10), S. 29–34.

1958 wurden nun erneut aufgegriffen und rückten im Laufe des Jahres 1981 in den Mittelpunkt der Reformüberlegungen, vor allem innerhalb der *Solidarność*.¹² Regime- und oppositionsnahe Ökonomen dachten deshalb wenig über die Förderung der Privatwirtschaft nach, sondern stritten in erster Linie über verbesserte Steuerungsmechanismen für die staatseigene Industrie und den Einfluss der Belegschaften in den Betrieben.

Die von der regierungsamtlichen Reformkommission nach kontroversen Diskussionen schließlich vorgelegten Grundlinien der geplanten Wirtschaftsreform (*Kierunki reformy gospodarczej*) zielten grundsätzlich in eine ähnliche Richtung, indem sie versuchten, einige Marktelemente in die bestehende Planwirtschaft zu implementieren. Im Gegensatz zu Vorschlägen aus dem *Solidarność*-Umfeld setzten sie allerdings weniger auf Arbeiterselbstverwaltung, sondern in erster Linie auf die Stärkung der Betriebsleitungen nach ungarischem Vorbild. Popularisiert wurde dieses Modell unter dem Schlagwort der »drei S«, an denen sich die Reform der Staatsbetriebe ausrichten sollte: »Selbstständigkeit, Selbstverwaltung und Selbstfinanzierung«. Die zentrale Wirtschaftslenkung sollte gleichwohl beibehalten werden, auch wenn sie sich verstärkt ökonomischer Parameter bedienen sollte. Zwar blieb dieses Reformkonzept in vielen Punkten hinter dem Stand der Debatte unter polnischen Ökonomen zurück. Dennoch war es ambitioniert genug, um empörte Reaktionen seitens der »Bruderparteien« in der DDR und der Sowjetunion hervorzurufen, nachdem die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR, *Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*) es sich auf ihrem außerordentlichen IX. Parteitag im Juli 1981 offiziell zu eigen gemacht hatte. So sah die SED-Führung darin einen »direkte[n] Angriff auf die sozialistische Planwirtschaft«, der »einer verstärkten Wühltätigkeit der konterrevolutionären Kräfte« Vorschub leisten müsse.¹³

Es stellte sich allerdings rasch heraus, dass der Weg vom Beschluss des Reformkonzepts bis zu dessen wirksamer Implementierung noch weit war. Ein großer Teil der vorgesehenen Reformmaßnahmen wurde nie in die Praxis umgesetzt, und insbesondere die geplante Verschlinkung der zentralen Wirtschaftsbürokratie wurde jahrelang verschleppt und konterkariert. Zwar einigten sich Vertreter von Regierung und *Solidarność* im September 1981 trotz erheblicher politischer Widerstände auf beiden Seiten noch auf einen beachtlichen Kompromiss, der die Grundlagen für die von der Gewerkschaft vehement eingeforderte Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben legte.¹⁴ Die damit verbundenen

12 Siehe Szymon Jakubowicz: *Bitwa o samorząd 1980–1981* [Der Kampf um die Selbstverwaltung], London 1988; Jacek Luszniwicz: *Solidarność – samorząd pracowniczy – transformacja systemu. O programie gospodarczym Sieci Organizacji Zakładowych NSZZ »Solidarność« wiodących zakładów pracy (rok 1981)* [Solidarność – Arbeiterselbstverwaltung – Systemtransformation. Über das Wirtschaftsprogramm des Netzwerks der Betriebsorganisationen der NSZZ Solidarność in den führenden Betrieben (1981)], Warszawa 2008.

13 Analyse der von der Regierung der Volksrepublik Polen zu erarbeitenden Wirtschaftsreform, Anlage Nr. 5 zum Protokoll Nr. 19/1981 des Politbüros des ZK der SED vom 1. September 1981, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/1980, Bl. 85–128; siehe auch Burkhard Olschowsky: *Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen 1980–1989*, Osnabrück 2005, S. 78–81.

14 Siehe Andrzej Friszke: *Rewolucja Solidarności 1980–1981* [Die Revolution der Solidarność 1980–1981], Kraków 2014, S. 640–648.

Hoffnungen zerschlugen sich jedoch mit der Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981. Obwohl General Jaruzelski und seine Mitstreiter auch in den folgenden Jahren nicht müde wurden, sich verbal zu den vom IX. Parteitag beschlossenen Wirtschaftsreformen zu bekennen, schuf die Reformpolitik des Regimes keine verlässlichen neuen Rahmenbedingungen, sondern beließ es vielfach bei halbherzigen Übergangsregelungen. Überdies erwiesen sich viele der über 300 neuen Gesetze und Tausenden von Verordnungen zur Umsetzung der Wirtschaftsreform, die die kommunistische Regierung bis 1987 produzierte, als wirkungslos, weil sie zu unpräzise und inkonsequent waren oder sich gegenseitig widersprachen.¹⁵

Auf mehr Selbstständigkeit und größere Entscheidungsspielräume für die einzelnen Betriebe angelegte systemische Veränderungen hatten auch deshalb einen schweren Stand, weil sie immer wieder mit autoritären Ad-hoc-Maßnahmen kollidierten, die akute Dysfunktionalitäten beheben sollten. Im Zweifel vertrauten General Jaruzelski und die anderen Militärs auf den Schlüsselpositionen seines Regimes eher auf Disziplin und strikte Hierarchien als auf Eigeninitiative und *laissez faire*. So reagierte Jaruzelskis Innenminister General Czesław Kiszczak auf die eskalierenden Versorgungsprobleme und die dadurch provozierten Massendemonstrationen im Sommer 1981, indem er kurzerhand den »Spekulanten« zum Staatsfeind Nummer eins erklärte. Anstatt die systemischen Ursachen der Versorgungsengpässe zu beheben, machte das Regime die Gier der Schwarzmarkthändler für die Probleme verantwortlich und griff zu deren Bekämpfung auf vermeintlich erprobte stalinistische Methoden zurück: Gegen den florierenden Schwarzmarkt wurden Sonderkommissionen, Schnellverfahren und »gesellschaftliche« Aktivisten aufgeboden, die Basare und Märkte nach illegalen Gütern und Händlern durchkämmten. Zwar war der reale Repressionsgrad trotz der martialischen Rhetorik deutlich niedriger als während der 1950er-Jahre; umso ausgiebiger wurden die punktuellen Erfolge dieses kampagnenmäßigen »Kampfes gegen die Spekulation« aber in den regimetreuen Medien gefeiert.¹⁶ Demselben Geist entsprang auch die Einsetzung von Militärkommissaren in den Betrieben während des Kriegsrechts, die der eklatant niedrigen Arbeitsproduktivität in der staatlichen Industrie begegnen sollten, indem sie für Disziplin und Ordnung am Arbeitsplatz sorgten. Der ökonomische Effekt solcher Maßnahmen fiel notwendigerweise überschaubar aus.

II. »Private Initiative« als neuer Hoffnungsträger

Indes beschränkte sich die Wirtschaftspolitik des Kriegsrechts-Regimes keineswegs auf Razzien gegen die Schattenwirtschaft, Appelle an die Arbeitsmoral und vorsichtige Schritte zur Umsetzung der Wirtschaftsreform im staatlichen Sektor. Ungeachtet ihrer Vorliebe für propagandistische Attacken auf privates Profitstreben und »Spekulanten«

15 Siehe Grala: *Reformy gospodarcze* (Anm. 7), S. 273.

16 Siehe Jerzy Kochanowski: *Jenseits der Planwirtschaft. Der Schwarzmarkt in Polen 1944–1989*, Göttingen 2013, S. 120–136.

unternahm die Regierung Jaruzelski schon in den ersten Monaten des Kriegsrechts erste Schritte, um der »privaten Initiative« in der Wirtschaft größere Spielräume zu verschaffen. So ließ sie im Juli 1982 ein Gesetz verabschieden, das im Westen lebenden Auslandspolen und anderen westlichen Ausländern die Gründung kleiner und mittelständischer Privatunternehmen ermöglichte und die Investition von Devisenkapital mit vorteilhaften Konditionen belohnte. Ähnliche Regelungen hatte es bereits seit 1976 gegeben; erst die gesetzliche Absicherung während des Kriegsrechts löste aber einen Boom dieser auf Basis ausländischen Kapitals operierenden Privatunternehmen aus, die nun unter der Bezeichnung »Polonia-Firmen« Einzug in die polnische Alltagssprache hielten. Für einige dieser Unternehmen, die in erster Linie im Konsumgüterbereich aktiv wurden und etwa Kosmetika oder Kleidung produzierten und vertrieben, erwies sich der polnische Markt, wo es an fast allem mangelte, als wahres Eldorado. Dariusz Grala, der die ökonomischen Auswirkungen der polnischen Wirtschaftsreformen der 1980er-Jahre detailliert untersucht hat, kommt zu dem Ergebnis, dass die immer zahlreicheren privaten Kleinunternehmer am meisten von der zögerlichen Reformpolitik profitierten – und dies nicht etwa, weil sie sich besonderer Förderung erfreuten, sondern schlicht und einfach, weil man ihnen kaum Steine in den Weg legte, um aus den notorischen Dysfunktionalitäten der Mangelwirtschaft Profit zu schlagen.¹⁷

Damit machten sie sich natürlich nicht nur Freunde. Die reale wirtschaftliche Bedeutung des wachsenden Privatsektors blieb im Vergleich zur verstaatlichten Industrie zwar gering (abgesehen von der Landwirtschaft, wo sie infolge der gescheiterten Kollektivierung ohnehin schon vergleichsweise groß war). Die boomenden jungen Privatunternehmen zogen aber in weit überproportionalem Maße öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Da sich in ihnen wie in einem Brennglas die Vorzüge und Nachteile individuellen kapitalistischen Handelns bündelten, wurden sie zum Gegenstand heißer öffentlicher Debatten und Polemiken. Es waren beileibe nicht nur rechtgläubige Kommunisten, die sich über die enormen Gewinnspannen mancher Polonia-Unternehmer echauffierten. Dagegen wurden andere nicht müde, die Effizienz und hohe Produktivität dieser Firmen zu loben. Im Laufe der 1980er-Jahre verbesserte sich das Image der »*prywatniarze*« jedoch erheblich: Wurden sie anfangs noch misstrauisch als gewiefte Profiteure bäugt, die bestenfalls am Rande der Legalität operierten, akzeptierte man sie später mehr und mehr als dynamischen Gegenpol zu der Unbeweglichkeit und Trägheit der Staatsbetriebe. Ab 1987 begann sogar die linientreue Parteipresse, Polonia-Unternehmer und andere Manager als positive Vorbilder und Hoffnungsträger zu inszenieren.

Je länger trotz der permanenten offiziellen Verlautbarungen über vermeintliche Reformfortschritte merkliche Verbesserungen der Wirtschaftslage ausblieben, desto rascher schwand in der polnischen Gesellschaft das wenige Jahre zuvor noch so ausgeprägte Vertrauen in kollektive Selbstorganisation und staatliche Wirtschaftslenkung. Der ökonomische Erfolg der neuen Privatunternehmen lieferte augenfällige Beispiele dafür, dass es sich schlicht und einfach lohnte, auf eigene Rechnung zu wirtschaften. Immer mehr Polinnen und Polen betrachteten die kleingewerbliche Produktion von

17 Siehe Grala: *Reformy gospodarcze* (Anm. 7), S. 260.

Lebensmitteln und Konsumgütern, den Handel auf informellen Märkten oder lukrative Saisonarbeit im Ausland als völlig normale und sozial akzeptable Art und Weise, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Soziologische Untersuchungen und Meinungsumfragen aus dieser Zeit belegen einen tiefgreifenden Einstellungswandel weg von egalitaristischen Haltungen hin zu einer immer größeren Akzeptanz sozialer Ungleichheit.¹⁸

Ähnliche Verschiebungen waren in der alternativen Gegenöffentlichkeit zu beobachten, die sich nach der Zerschlagung der legalen *Solidarność*-Bewegung während des Kriegsrechts im Untergrund stabilisiert hatte und ein breites Spektrum verschiedener Oppositionsgruppen, Untergrundzeitungen und unabhängiger Verlage umfasste. Wer hier aktiv war, bewegte sich schon aus purer Notwendigkeit in der Illegalität und kam dabei auf vielfache Weise mit der informellen Ökonomie grauer und schwarzer Märkte in Kontakt. Die schleichende politische Ermüdung stellte aber auch die Untergrundopposition vor neue Herausforderungen. So bedauerten Vertreter der Danziger »Föderation der Kämpfenden Jugend« (*Federacja Młodzieży Walczącej*) im Mai 1987: »Heute flüchten die Leute ins Private. Die Jagd nach Geld – das füllt das Leben der jungen Leute aus. Das Lebensmotto lautet: Man lebt im Dschungel, also muss man sich durchkämpfen.« Andere Oppositionelle machten sich hingegen bereitwillig neue Selbstbilder als Bewegungsunternehmer zu eigen: Sie sahen sich nicht mehr so sehr als Gewerkschaftsaktivisten oder politische Widerstandskämpfer, sondern bemaßen den Erfolg ihrer Tätigkeit an der Professionalität ihrer Untergrundverlage oder daran, dass die Mitglieder ihrer Gruppe bei ihren Untergrundaktionen »Unternehmergeist« (*przedsiębiorczość*) lernten.¹⁹

In diesem Klima gewannen wirtschaftsliberale Ideen, die am Anfang der Dekade noch Außenseiterpositionen innerhalb des oppositionellen Spektrums markiert hatten, immer mehr Anhänger. Zu den profiliertesten liberalen Vordenkern der Opposition zählte der Krakauer Philosoph Mirosław Dzielski, der Demokratie als ein für die polnische Gesellschaft »völlig unverständliches und unnötiges« Konzept bezeichnete und stattdessen auf einen autoritären Kapitalismus setzte. Dzielski hatte den polnischen Kommunisten bereits im April 1980 in einem durchaus ernst gemeinten Gedankenexperiment nahegelegt, nicht auf die seiner Meinung nach utopischen demokratischen Forderungen der linksintellektuellen Opposition einzugehen, sondern ihre Macht stattdessen mittels einer radikalen wirtschaftlichen Liberalisierung ohne politische Demokratisie-

18 Siehe beispielhaft Lena Kolarska-Bobińska: *Egalitarny i rynkowy ład gospodarczy. Zmiany preferencji społecznych [Egalitäre und marktförmige Wirtschaftsordnung. Wandel gesellschaftlicher Präferenzen]*, in: Władysław Adamski (Hg.): *Fenomen »Solidarności« i zmiana ustroju. Polacy 1980–2011 [Das Phänomen der Solidarność und der Systemwandel. Die Polen 1980–2011]*, Warszawa 2014, S. 189–207.

19 Grzegorz Nawrocki: *Struktury nadziei [Strukturen der Hoffnung]*, Warszawa 1988, S. 93, 125 f.; siehe auch Mateusz Fałkowski: *Ruch społeczny i »podziemny rynek«. O logikach funkcjonowania niezależnego ruchu wydawniczego w PRL (1976–1989) [Soziale Bewegung und »Untergrundmarkt«. Über die Funktionslogiken des unabhängigen Verlagswesens in der Volksrepublik Polen (1976–1989)]*, in: Przemysław Gasztold-Seń/Natalia Jarska/Jan Olszek (Hg.): *Drugi obieg w PRL na tle samizdatu w państwach bloku sowieckiego po 1956 roku [Der Zweite Umlauf in der Volksrepublik Polen im Kontext des Samizdat in den Ostblockstaaten nach 1956]*, Warszawa 2016, S. 76–101.

nung zu sichern.²⁰ Gegen Ende des Jahrzehnts fand der neokonservative Katholik Dzielski in Initiativen wie der »Krakauer Industrie-Gesellschaft« (*Krakowskie Towarzystwo Przemysłowe*) immer mehr Gleichgesinnte, die sich statt mehr Demokratie vor allem mehr wirtschaftliche Freiheit und Rechtssicherheit für privates Eigentum auf die Fahnen schrieben. Ein weiteres, dezidiert prodemokratisches Gravitationszentrum oppositionellen marktliberalen Denkens etablierte sich in Danzig um die von Donald Tusk und Janusz Lewandowski herausgegebene Untergrundzeitschrift *Przegląd Polityczny* (»Politische Rundschau«). Auch der Lubliner Wirtschaftswissenschaftler Stefan Kurowski machte sich nun für eine »Charta des privaten Unternehmertums« stark, die auf einem Symposium im April 1987 verabschiedet und in der Öffentlichkeit als »Manifest der polnischen Neoliberalen« wahrgenommen wurde.²¹

III. Auf dem Weg in den »sozialistischen Thatcherismus«?

Doch nicht nur innerhalb der oppositionellen Milieus, sondern auch im Regierungslager waren marktwirtschaftliche Reformkonzepte auf dem Vormarsch. Die bestenfalls halberzige Umsetzung der Reform von 1981 hatte die Steuerungsprobleme der polnischen Planwirtschaft eher noch vertieft, und mit der schrittweisen Lockerung der Wirtschaftssanktionen gegen Polen, mit denen der Westen auf die Verhängung des Kriegsrechts reagiert hatte, entfiel auch ein zentrales politisches Argument zur Rechtfertigung der unbefriedigenden ökonomischen Entwicklung. Vonseiten der polnischen akademischen Wirtschaftswissenschaft wurden die bisherigen Reformfortschritte ohnehin einhellig als unzureichend kritisiert.²² Auch die Experten von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), die nach dem IWF-Beitritt Polens erstmals im Herbst 1986 ins Land kamen, um die dortige Wirtschaftslage zu analysieren und Bedingungen für mögliche Kreditprogramme zu eruieren, plädierten in ihren Berichten für eine entschiedenere marktorientierte Reformpolitik. Allerdings positionierten sich die westlichen Finanzinstitutionen vergleichsweise zurückhaltend, waren sie sich doch bewusst, dass eine rigorose Austeritätspolitik gerade für die von den USA politisch und finanziell unterstützte *Solidarność*-Opposition untragbar war. Angesichts dessen konnte man Jaruzelski schwerlich nahelegen, dem von Nicolae Ceaușescu in Rumänien eingeschlagenen Weg zu folgen und zur raschen Tilgung der Auslandsschulden eine massive Verelendung der

20 Siehe Mirosław Dzielski: Jak zachować władzę w PRL. Życzenia noworoczne dla por. Jerzego Borewicza [Wie man die Macht in der Volksrepublik Polen behält. Neujahrswünsche für Oblt. Jerzy Borewicz] [1980], in: ders.: *Odrodzenie ducha – budowa wolności. Pisma zebrane* [Wiedergeburt des Geistes – Aufbau der Freiheit. Gesammelte Schriften], Kraków 2005, S. 171–180, Zitat S. 179.

21 Siehe Tomasz Mickiewicz: Sympozjum na temat prywatnego sektora pozarolniczego [Symposium zum außerlandwirtschaftlichen Privatsektor], in: *Zeszyty Naukowe KUL* 30 (1987), H. 2, S. 133–139.

22 Siehe Grala: *Reformy gospodarcze* (Anm. 7), S. 287–293.

Bevölkerung in Kauf zu nehmen. Von einer entscheidenden Katalysatorrolle des Westens kann also mit Blick auf die wirtschaftliche Transformation in Polen keine Rede sein.²³

Angesichts der wachsenden Unzufriedenheit im Inland sah sich die Parteiführung Ende 1986 dennoch gezwungen, eine »zweite Etappe der Wirtschaftsreform« auszurufen, die mit einer merklichen Beschleunigung und qualitativen Vertiefung der bisherigen Reformbemühungen verbunden sein sollte. In den von der Regierung unter Ministerpräsident Zbigniew Messner bis September 1987 vorgelegten Konzeptionen für diese »zweite Reformetappe« fanden sich eine Reihe noch immer nicht realisierter Reformschritte von 1981 wieder. Insbesondere die Maßnahmen zur Förderung des Privatsektors gingen aber deutlich darüber hinaus, wohingegen wirtschaftsdemokratische Ansätze eher an den Rand gerückt waren.

Messner, ein technokratischer Wirtschaftsprofessor aus Kattowitz, erwies sich allerdings als nicht hinreichend durchsetzungsstark, um die Politik der kleinen Schritte zugunsten eines neuen, ambitionierten Reformanlaufs zu durchbrechen. Zwar gelang ihm die bereits 1981 diskutierte Abschaffung der bisherigen Branchenministerien, die in ihrer Struktur die jeweiligen Lobbyinteressen einzelner Industriezweige widerspiegeln. Diese wurden nun durch ein strategisch ausgerichtetes Industrieministerium ersetzt. Dreh- und Angelpunkt des Konzepts war aber eine grundlegende Reform der Preisstruktur, mit der die kaum noch verdeckte Inflation bekämpft werden sollte. Die damit verbundenen erneuten Einschnitte in den Lebensstandard der Durchschnittsbevölkerung stießen erwartungsgemäß auf erheblichen Widerstand, solange sie nicht mit einer klaren Perspektive auf mittelfristige Verbesserungen verbunden waren. In Erwartung drastischer Preiserhöhungen schwang sich dieses Mal der regimetreue Gesamtpolnische Gewerkschaftsbund (OPZZ, *Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych*) zum Wortführer des Unmuts auf, der darin eine Chance sah, sich gegenüber der verbotenen *Solidarność* zu profilieren und an Glaubwürdigkeit zu gewinnen.

In dieser Situation entschied sich General Jaruzelski für die Flucht nach vorn und bemühte sich mit dem im November 1987 durchgeführten Referendum über die geplanten Reformen um ein direktdemokratisches Vertrauensvotum für die Regierung Messner. Es handelte sich zweifellos um einen außergewöhnlichen Schritt – gaben die polnischen Kommunisten den Polinnen und Polen doch erstmals seit 1946 die Gelegenheit, über politische Grundsatzfragen selbst zu entscheiden. Anders als das berüchtigte »Volksreferendum« kurz nach Kriegsende verlief die Abstimmung diesmal wirklich frei und fair; allerdings waren die beiden Abstimmungsfragen relativ vage formuliert. Zum

23 So kann Fritz Bartel für den polnischen Fall keine überzeugenden Belege für seine jüngst vorgetragene These beibringen, der IWF und die westlichen Regierungen hätten durch ihr Beharren auf Austerität »signifikant« zu den »Revolutionen von 1989« beigetragen. Siehe Fritz Bartel: *The Power of Omission. The IMF and the Democratic Transitions in Poland and Hungary*, in: Bernhard Blumenau/Jussi M. Hanhimäki/Barbara Zanchetta (Hg.): *New Perspectives on the End of the Cold War. Unexpected Transformations?*, London/New York 2018, S. 200–221, hier S. 211–217. Siehe dagegen die weitaus skeptischere Bewertung des US-amerikanischen Einflusses bei Gregory F. Domber: *Empowering Revolution. America, Poland, and the End of the Cold War*, Chapel Hill 2014.

einen sollten die Bürger entscheiden, ob sie einer »radikalen Gesundung der Wirtschaft mit dem Ziel einer deutlichen Verbesserung der Lebensbedingungen der Gesellschaft« zustimmen, auch wenn diese eine »schwierige, zwei- bis dreijährige Phase schneller Veränderungen« erfordere. Zum anderen stellte die Regierung mit der zweiten Frage eine Perspektive »vertiefter Demokratisierung« in Aussicht, wobei der konkrete Gehalt dieses Zuckerbrots weitgehend unbestimmt blieb. Dementsprechend stießen die Regierungsvorschläge nur auf verhaltenen Anklang, und der als Startschuss für eine intensiviertere Reformpolitik gedachte Volksentscheid endete mit einer peinlichen Niederlage: Zwar wurde bei beiden Fragen eine absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen für das Reformpaket erreicht; das Referendum scheiterte aber an dem von den Kommunisten selbst festgelegten, auch nach heutigen Maßstäben ausgesprochen hohen Quorum von 50 Prozent aller Wahlberechtigten.²⁴

Diese taktische Pleite konnte den wirtschaftspolitischen Kurs jedoch nicht mehr grundsätzlich infrage stellen. Wie der Publizist Jerzy Surdykowski in einer der führenden Untergrundzeitschriften der oppositionellen Intelligenz diagnostizierte, zeichnete sich inzwischen eine »eigentümliche ungeschriebene Übereinkunft im Zeichen von Markt, Bürokratiebekämpfung und freier Konkurrenz« ab. Auf diese Ziele könnten sich, so Surdykowski, die »hellsichtigeren Vertreter des Regimes« ebenso einigen wie die »etwas vernünftigeren Oppositionellen«, die »Experten, Ökonomen und Manager« und natürlich die »unternehmerischen Menschen mit guten Beziehungen«. Zugleich warnte er die Wirtschaftsliberalen in den eigenen Reihen davor, die demokratischen Kernforderungen der Opposition leichtfertig für eine »Übereinkunft der Eliten« auf Kosten ihrer sozialen Basis zu opfern.²⁵

In der Tat ist davon auszugehen, dass das Regime einen erfolgreichen Ausgang des Referendums als Freibrief genutzt hätte, um harte Reformschritte auf Kosten der Normalbevölkerung durchzusetzen, ohne aber die politische Kontrolle aus der Hand zu geben. Der Weg in einen »sozialistischen Thatcherismus«, auf dem sowjetische Experten Polen damals wähten, mochte den Partieliten (und auch manchen frischgebackenen Neoliberalen in der Opposition) durchaus attraktiv erscheinen, gab er doch ökonomischen Freiheiten den Vorzug gegenüber demokratischer Partizipation von unten. Auch das Konzept eines autoritären, auf die Verteidigung wirtschaftlicher Interessen gegenüber gesellschaftlichen Mitbestimmungsansprüchen konzentrierten Staates und die dezidiert antigewerkschaftliche Stoßrichtung des Thatcherismus waren Jaruzelski und seinen polnischen Genossen, deren politischer Hauptgegner seit Jahren die in der *Solidarność* organisierte großindustrielle Arbeiterschaft war, nur zu vertraut.

Allerdings hatte das sang- und klanglose Scheitern des Referendums erneut die eklatante Legitimationsschwäche der kommunistischen Regierung offengelegt und Hoffnungen auf eine autoritäre Reform von oben als illusorisch entlarvt. Fortan führte des-

24 Siehe Sebastian Ligarski: O fałszerstwach wyborczych w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej – głos w dyskusji [Über Wahlfälschungen in der Volksrepublik Polen – Diskussionsbeitrag], in: ders./Michał Siedziako (Hg.): Wybory i referenda w PRL [Wahlen und Abstimmungen in der Volksrepublik Polen], Szczecin 2014, S. 45–65, hier S. 58–61.

25 Jerzy Surdykowski: Otóż nie ... [So nicht ...], in: Krytyka (1987), H. 26, S. 15–22, hier S. 18, 21 f.

halb kein Weg mehr an einer wie auch immer gearteten Übereinkunft mit der Opposition vorbei. Die intellektuellen Vordenker der Partei, insbesondere der Soziologe Jerzy J. Wiatr, arbeiteten bereits daran, der Opposition mit einer entpolitisierten Redefinition des schillernden Konzepts der »Zivilgesellschaft« ein wohlklingendes Angebot zu machen, das ihr – durchaus im Einklang mit zeitgenössischen neoliberalen Konzeptionen – einen gesicherten Platz in einem dritten Sektor von Stiftungen und Vereinigungen einräumte, die politische Macht aber in den Händen der Partei beließ.²⁶

Als der glücklose Premier Messner nach einer neuerlichen Streikwelle im Sommer 1988 schließlich seinen Platz räumen musste, machte sein Nachfolger Mieczysław Rakowski ernst und demonstrierte am Vorabend des Runden Tisches wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit. Mit einer der ersten Amtshandlungen seiner Regierung ließ er ausgerechnet für die Danziger Leninwerft, die Wiege der Solidarność-Bewegung, ein Konkursverfahren eröffnen. Zudem präsentierte Rakowski mit dem erfolgreichen Self-made-Unternehmer Mieczysław Wilczek einen neuen Industrieminister, dem ein Ruf als entschiedener Kritiker der staatssozialistischen Wirtschaftsführung vorauselte. Wilczek machte sich umgehend daran, ein bereits von der Regierung Messner vorbereitetes Gesetz zur Freigabe jeglicher privater Wirtschaftstätigkeit im Eiltempo umzusetzen und dieses als großen Wurf auf dem »Weg in die ökonomische Freiheit« zu verkaufen. Damit wurden die zuvor bestehenden rechtlichen Hürden für private unternehmerische Tätigkeit ab dem 1. Januar 1989 radikal reduziert – nach dem Motto: »Alles, was nicht verboten ist, ist erlaubt.« Mit diesem Gesetz erreichten die Kommunisten zwar weder die lang ersehnte makroökonomische Trendwende, noch stellten sie die Dominanz des gesellschaftlichen Eigentums an der Mehrheit der Produktionsmittel infrage.²⁷ Sie legalisierten aber die ohnehin schon beträchtliche Welle wirtschaftlicher Eigeninitiative einfacher Polinnen und Polen und gaben jener Aneignung des Kapitalismus von unten ein entscheidendes zusätzliches Momentum, die der polnischen Transformationszeit ihren charakteristischen Stempel aufdrücken sollte.²⁸

Zugleich legitimierte die Liberalisierungspolitik Wilczeks, die jedem scheinbar die gleiche Chance einräumte, zum kapitalistischen Unternehmer zu werden, auch die zeitgleich einsetzende schleichende Privatisierung profitabler Teile der Staatsbetriebe, bei der naturgemäß die technisch-wirtschaftliche Nomenklatura die beste Ausgangsposition hatte. Allein von Januar bis November 1989 wurden auf der Grundlage des liberalisierten Wirtschaftsrechts über 1500 Privatunternehmen gegründet, die für ihre (oftmals hochprofitable) Geschäftstätigkeit auf die Ressourcen staatlicher Betriebe zurückgriffen. Wie eine Untersuchung der Generalstaatsanwaltschaft ergab, war an fast der Hälfte dieser Firmen ein Direktor oder Vizedirektor eines Staatsbetriebs beteiligt; der Rest der Teilha-

26 Siehe Paweł Stefan Załęski: *Neoliberalizm i społeczeństwo obywatelskie* [Neoliberalismus und Zivilgesellschaft], Toruń 2012, S. 122–141.

27 Kritisch dazu Janusz Kaliński: *Kiedy zaczęło się odradzanie gospodarki rynkowej w Polsce?* [Wann begann die Wiederbelebung der Marktwirtschaft in Polen?], in: *Optimum. Studia Ekonomiczne* (2015), H. 1, S. 3–13.

28 Siehe Philipp Ther: *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2014, S. 181–190.

ber bestand überwiegend aus Leitungspersonal mittlerer Ebenen.²⁹ Bezeichnenderweise war es eine einst für ihre dogmatische nationalkommunistische Linie berüchtigte Parteizeitung, die mit einer Karikatur die Haltung vieler Angehöriger der parteinahen Eliten gegenüber der marktwirtschaftlichen Transformation ironisierend auf den Punkt brachte. Diese zeigt einen Apparatschik mit Aktentasche, der von seinem quengelnden Sohn gefragt wird: »Vati, wenn sie hier schon diesen Kapitalismus einführen müssen, werden wir dann wenigstens die Ausbeuter sein ...?«³⁰

IV. Fazit

Unter diesen Umständen schlug 1989 in Polen nicht die Stunde des Marktsozialismus, in der ökonomische und politische Demokratie endlich in Einklang gebracht würden, wie es viele Anhänger eines Dritten Weges zeitgenössisch erhofften.³¹ Vielmehr war das Vertrauen in die Reformierbarkeit der sozialistischen Planwirtschaft bereits im Laufe der 1980er-Jahre auf beiden Seiten der politischen Barrikade weitgehend aufgebraucht. Allerdings blockierte die vergleichsweise starke Position der oppositionellen Gegenseiten in Polen auch den direkten Weg in einen autoritären Kapitalismus, in dem die Interessen der Nomenklatura sich in Gestalt einer neuen Oligarchie hätten reproduzieren können. Deshalb erreichten die Wirtschaftsreformen der letzten kommunistischen Regierungen kaum den Grad an Entschlossenheit und Kohärenz, als dass sich im historischen Rückblick von einer geschlossenen Strategie eines »sozialistischen Thatcherismus« sprechen ließe.

Dennoch legten diese Reformen und die Art und Weise, wie sie implementiert wurden, in mehrfacher Hinsicht die Grundlagen für die marktliberale Schocktherapie des Balcerowicz-Plans. Zum einen trug die zunehmende Konzentration der wirtschaftspolitischen Aufmerksamkeit auf den Privatsektor dazu bei, den Schwerpunkt ökonomischen Denkens von der Großindustrie auf den paradigmatischen kapitalistischen Einzel-

29 Siehe Prokuratura Generalna RP, Departament Kontroli Przestrzegania Prawa, Spraw Cywilnych i Profilaktyki [Generalstaatsanwaltschaft der Republik Polen, Abteilung für Rechtskontrolle, Zivilsachen und Prävention]: Informacja o wynikach kontroli, czy i w jakim zakresie w 1989 r. wystąpiły naruszenia przepisów prawa w związku z zawiązywaniem spółek z udziałem przedsiębiorstw państwowych, instytucji i urzędów oraz spółdzielni, bądź osób zajmujących kierownicze stanowiska w tych jednostkach [Information über die Ergebnisse der Kontrolle, ob und in welchem Umfang im Jahre 1989 Verletzungen von Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit der Gründung von Gesellschaften unter Beteiligung von Staatsbetrieben, Institutionen und Ämtern sowie Genossenschaften oder auch Personen, die in diesen Einheiten führende Positionen innehaben, auftraten], Januar 1990, Aktenz. DK I Pk 728/89, Archiwum Akt Nowych/Archiv Neuer Akten, URM 89/40, Bl. 7–43, hier Bl. 10–12.

30 Karikatur von Jerzy Sowiński, Rzeczywistość Nr. 5 vom 29. Januar 1989, S. 1.

31 So etwa Bockman: *Markets in the name of Socialism* (Anm. 10), S. 188; siehe dagegen Dorothee Bohle/Gisela Neunhöffer: *Why is there no third way? The role of neoliberal ideology, networks and think tanks in combating market socialism and shaping transformation in Poland*, in: Dieter Plehwe/Bernhard Walpen/Gisela Neunhöffer (Hg.): *Neoliberal Hegemony. A Global Critique*, London 2006, S. 89–104.

unternehmer zu verschieben. Diese diskursive Verschiebung von der Produktionssphäre auf die Zirkulationssphäre leistete der offenkundigen Sorglosigkeit Vorschub, mit der die marktradikalen Reformer nach 1989 eine substanzielle Deindustrialisierung des Landes in Kauf nahmen. Zum anderen sorgte das andauernde Gerede der kommunistischen Führung über wirtschaftliche Reformen, dem nur in den seltensten Fällen spürbare Veränderungen folgten, für eine nachhaltige Erschöpfung des öffentlichen Vertrauens in die Tragfähigkeit gradualistischer Reformansätze. Denn mit ihrer schleppend und halbherzig umgesetzten Reformpolitik verschärften die Kommunisten die ohnehin schon beträchtlichen Steuerungsprobleme in der staatlich gelenkten Wirtschaft weiter, ohne im Gegenzug für kohärente alternative Steuerungsmechanismen zu sorgen. Im Ergebnis blieb der Eindruck um sich greifender Dysfunktionalität, der die Sehnsucht nach einer Rückkehr zu einer als rational und sinnvoll wahrgenommenen Wirtschaftsordnung schürte.

Diese Erfahrungen haben zweifellos die Offenheit für neoliberale Reformkonzepte und das mit ihnen verbundene Modell einer radikalen Big-Bang-Transformation erhöht. So bedeutsam die Rolle von Jeffrey Sachs und anderer westlicher Sendboten in der historisch offenen Situation des Umbruchs im Sommer 1989 auch gewesen sein mag – dass ihre Vorschläge bei ihren polnischen Gesprächspartnern auf offene Ohren stießen, lässt sich nicht allein auf die Diskurshoheit des Neoliberalismus und die Verhandlungsmacht der westlichen Finanzinstitutionen zurückführen, sondern auch auf die teils intendierten, teils nicht intendierten Folgen der spätsozialistischen Wirtschaftsreformen.

